



Zeitschrift für Diskursforschung

Journal for Discourse Studies

Herausgegeben von Reiner Keller | Werner Schneider | Willy Viehöver

■ **Claudia Brunner**

Situiert und seinsverbunden in der ›Geopolitik des Wissens‹.
Politisch-epistemische Überlegungen zur Zukunft der
Wissenssoziologie

■ **Dominik Schrage**

Die Einheiten der Diskursforschung und der Streit um den
Methodenausweis – ein Kartierungsversuch

■ **Jürgen Spitzmüller**

Metapragmatik, Indexikalität, soziale Registrierung.
Zur diskursiven Konstruktion sprachideologischer Positionen

■ **Sebastian Haunss/Matthias Dietz/Frank Nullmeier**

Der Ausstieg aus der Atomenergie. Diskursnetzwerkanalyse
als Beitrag zur Erklärung einer radikalen Politikwende

Inhaltsverzeichnis

Reiner Keller/Werner Schneider/Willy Viehöver

Editorial 223

Themenbeiträge

Claudia Brunner

Situiert und seinsverbunden in der ›Geopolitik des Wissens‹.

Politisch-epistemische Überlegungen zur Zukunft der Wissenssoziologie 226

Dominik Schrage

Die Einheiten der Diskursforschung und der Streit um den

Methodenausweis – ein Kartierungsversuch 246

Jürgen Spitzmüller

Metapragmatik, Indexikalität, soziale Registrierung.

Zur diskursiven Konstruktion sprachideologischer Positionen 263

Sebastian Haunss/Matthias Dietz/Frank Nullmeier

Der Ausstieg aus der Atomenergie. Diskursnetzwerkanalyse

als Beitrag zur Erklärung einer radikalen Politikwende 288

Review Essay

Karin Böke

Wissen durch Sprache. Theorie, Praxis und Erkenntnisinteresse

des Forschungsnetzwerkes »Sprache und Wissen« 317

Bericht

Anina Engelhardt/Markus Riefling

Frühjahrstagung der Sektion Wissenssoziologie der Deutschen
Gesellschaft für Soziologie (DGS) »Die diskursive Konstruktion
von Wirklichkeit – Interdisziplinäre Perspektiven einer
wissenssoziologischen Diskursforschung« in Augsburg
am 21. und 22. März 2013

325

Sebastian Haunss/Matthias Dietz/Frank Nullmeier

Der Ausstieg aus der Atomenergie Diskursnetzwerkanalyse als Beitrag zur Erklärung einer radikalen Politikwende

Zusammenfassung: Im März 2011 erfolgte in Deutschland innerhalb von nur einer Woche nach dem Reaktorunglück im japanischen Fukushima eine radikale Politikwende hin zum Ausstieg aus der Atomenergie. Die erst im Herbst 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung wurde wieder zurückgenommen, der endgültige Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahre 2022 beschlossen. Ein solch plötzlicher und umfassender Politikwandel ist erklärungsbedürftig. Während traditionelle politikwissenschaftliche Theorien an einer plausiblen Erklärung scheitern, ist eine solche aus diskursanalytischer Perspektive jedoch möglich. Im vorliegenden Artikel nutzen wir die Methode der Diskursnetzwerkanalyse, um den diskursiven Stabilisierungsprozess von politischen Forderungen zur Atom- und Energiepolitik in der medialen Öffentlichkeit zwischen März und Juli 2011 zu untersuchen. Wir argumentieren, dass die schnelle Durchsetzung der Ausstiegsforderung sich mit Hilfe der drei Faktoren Akteurszentralität, Konsistenz und Zusammenhalt der Diskurskoalition sowie diskursive Schwäche der Opposition erklären lässt.

Schlagwörter: Diskursanalyse, Netzwerkanalyse, Diskursnetzwerkanalyse, AKW-Politik, Diskurskoalitionen, Political Claims

Summary: In March 2011, only one week after the nuclear disaster in Fukushima, Germany saw a radical policy change towards the abandonment of nuclear energy. The prolongation of nuclear energy use that had been adopted just some months before was withdrawn and a final exit date was set to the year 2022. Such a radical policy reversal calls for an explanation – but traditional theories from political science are not able to provide one. Only a discourse analytical perspective provides a plausible explanation. In the article we use the method of discourse network analysis to analyze the stabilization of exit demands, based on the coding of newspaper articles from two German quality newspapers published between March and July 2011. We argue that the fast developing hegemony of the exit demand can be explained by looking at three factors: actor centrality, consistency and cohesion of discourse coalitions as well as discursive weakness of the oppositional coalition.

Keywords: Discourse Analysis, Network Analysis, Discourse Network Analysis, Nuclear Energy Policy, Discourse Coalitions, Political Claims

Nach heftigen Auseinandersetzungen in der schwarz-gelben Koalition und insbesondere innerhalb der CDU wurden im September 2010 energiepolitische Beschlüsse gefasst, die eine erhebliche Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke (AKW) umfassten und damit eine Aufkündigung des im Jahr 2000 vereinbarten Atomkonsenses darstellten. Ein halbes Jahr später, im März 2011, erfolgte jedoch innerhalb einer Woche nach dem Reaktorunglück im japanischen Fukushima eine radikale Politikwende hin zum Ausstieg aus der Atomenergie. Die Laufzeitverlängerung wurde wieder zurückgenommen, der endgültige Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahre 2022 festgelegt. Eine solch radikale Umsteu-

erung der Politik, zumal so kurz nach einer vorhergehenden gesetzgeberischen Festlegung, ist höchst erklärungsbedürftig. Radikale Politikwechsel kann es im deutschen politischen System, so die überwältigende Mehrheit der politikwissenschaftlichen Theorien, kaum geben. Ob die Theorie des mittleren Weges (Schmidt 2007), die Überlegungen zur Zahl der Veto-Spieler (Tsebelis 2002) oder die Einigungszwänge einer Konsensdemokratie (Lijphart 1999) herangezogen werden, immer erscheint der Spielraum für einen Akteur, sich konsequent mit seinem Politikansatz gegen alle widerstreitenden Interessen durchzusetzen, als viel zu gering. So müssten bei einer Vielzahl von Akteuren gleichermaßen Veränderungen auftreten, um verständlich zu machen, warum der Politikwechsel nicht an dem Widerstand anderer scheitert oder warum es nicht zu langwierigen Verhandlungen und nur inkrementellen Politikänderungen kommt. Veränderungen in der Gesamtkonstellation müssten danach eine erhebliche Größenordnung erreichen, um eine Politikwende wie in der deutschen Atompolitik zu erklären. Folglich sollte es für die Forschung recht einfach sein, die entscheidenden Faktoren zu identifizieren.

Doch zieht man die traditionellen Erklärungsansätze der Politikwissenschaft zu Rate, die meist scheinwerferartig ihre Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Faktorenbündel richten, gelingt es nicht, solche großen Verschiebungen zu identifizieren: es sind weder politische Institutionen noch politische Kraft- und Machtverhältnisse, aber auch keine Veränderungen in den ökonomischen Bedingungen und Unternehmensstrategien. Die naheliegende Vermutung, der Politikwechsel könne folglich nur am Ereignis Fukushima liegen, scheidet als genereller Erklärungsansatz aufgrund der Entwicklung in anderen Ländern aus. Diese reagierten in der Mehrzahl keineswegs mit einem radikalen Politikwechsel bzw. Atomausstieg. Es kann bestenfalls an der Deutung des Ereignisses in den einzelnen Ländern liegen, womit die Ebene der Diskurse in den Fokus rückt. Die bundesdeutsche Atomwende könnte vor dem Hintergrund des weitgehenden Versagens anderer Erklärungsansätze daher im besonderen Maße geeignet sein, den Wert von Diskursanalysen aufzuzeigen, und das nicht nur im Sinne einer Forschungsrichtung, die Ideen und Diskurse als weiteren Faktor in ein variablenanalytisches politikwissenschaftliches Denken integriert (›Ideas matter‹-Ansätze, vgl. Béland/Cox 2011; Gofas/Hay 2010). Ob Erklärung überhaupt eine sinnvolle Zielsetzung interpretativer und diskursanalytischer Forschung sein kann und soll, ist in der Literatur umstritten. Der vorliegende Beitrag versteht sich als Versuch einer vorsichtigen Annäherung an die Frage, wie diskursorientierte Erklärungen politischer Entscheidungen aussehen können. Es soll dabei nicht nur die Teilfrage geklärt werden, wie die *Stabilisierung eines politischen Claims*, hier der Forderung nach Stilllegung der Atomkraftwerke, *diskursiv erfolgte*. Der Anstoß zur politischen Wende durch bestimmte Akteure, insbesondere die Bundeskanzlerin, bleibt damit ebenso außerhalb der Betrachtung wie die generelle Frage, ob eine diskursive Erklärung nicht auch die Motivation der einzelnen Artikulationen als Diskursbeiträge berücksichtigen muss.¹

1 Der Beitrag ist die Weiterentwicklung eines ersten, auf die Motivlagen konzentrierten Versuchs der Erklärung der Atomwende (Nullmeier/Dietz 2012). Methodologische Fragen einer diskursorientierten Erklärung sind in Nullmeier (2012) erörtert. Diskursnetzwerkanalysen werden erläutert in Leifeld/Haunss (2012).

Gegenstand der empirischen Untersuchung ist der Zeitraum vom Fukushima-Unfall im März 2011 bis zum Bundestagsbeschluss zum Atomausstieg Ende Juni 2011. Die Methodik der *Diskursnetzwerkanalyse* (Leifeld 2009; Leifeld/Haunss 2012) wird mit Rekurs auf die Political Claims Analysis (Koopmans/Statham 1999) genutzt, um den diskursiven Stabilisierungsprozess von politischen Forderungen zur Atom- und Energiepolitik detailliert anhand der medialen Berichterstattung zu beschreiben. Es verschieben sich im Zeitverlauf Forderungen und Akteure, sie bilden gemeinsam ein Netzwerk, das die diskursive Konstellation beschreibt. Mittels dieses netzwerkanalytischen Zugangs wird nachvollziehbar, dass sich bestimmte Forderungen festsetzen, diskursiv etablieren oder sich in eine bestimmte Richtung verschieben. Das Nachzeichnen dieser Veränderungen im diskursiven Prozess leistet einen Beitrag zur Erklärung der Atomwende: Die empirischen Ergebnisse unserer Analyse lassen für den konkreten Fall deutlich werden, dass es keine hinreichende Gegenwehr zu den Ausstiegsforderungen gab, die kurz nach dem Erdbeben erhoben wurden, sich bald etablierten und dann nur noch variiert werden konnten. Die Netzwerkanalyse zeigt auch, wann und wie welche Akteure sich in eine bestehende Konstellation von Forderungen einfügten und diese dadurch ausbauten oder verschoben oder mit neuen Forderungen auf Nebengebieten neue thematische Felder eröffneten. Die Diskursnetzwerkanalyse erlaubt es zudem, den manchmal auch schnellen Wandel der Diskurskoalitionen zu erkennen. Über den konkreten Fall hinaus zeigt sie damit die *eigenständige* Dynamik von Diskursen, die damit weder schlicht Abbild von Präferenzen noch sprachliche Äußerung stabiler Überzeugungen sind. So ist dieser Beitrag ein Versuch, über eine detaillierte Diskursprozessanalyse Antworten auch auf explanatorische Aufgabenstellungen zu gewinnen.

Im ersten Teil wird die politische Ereignisgeschichte rekonstruiert, ohne die die Diskursnetzwerkanalyse unverständlich bliebe (1.1); zudem wird das Versagen traditioneller politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze skizziert (1.2). In einem zweiten Teil stellen wir die Analyse politischer Forderungen und die Methodik der Diskursnetzwerkanalyse vor (2). Im Hauptteil werden die Verschiebungen der Diskursnetzwerke in acht Phasen mit Hilfe netzwerksanalytischer Verfahren dargestellt, um die Dynamik dieser vier Monate eines politisch radikalen Wandelprozesses zu beschreiben (3). Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und einige Überlegungen für weitere Versuche der Prozessanalyse von Diskursen und diskursorientierter Erklärung vorgetragen (4).

1 Der Atomausstieg 2011 und Versuche seiner Erklärung

1.1 Ereignisgeschichte

Die im Herbst 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung für deutsche AKWs stellte den erfolgreichen Abschluss der jahrelangen Versuche dar, den Atomausstiegsbeschluss der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder aus den Jahren 2000 bis 2002 rückgängig zu machen. Die damalige Bundesregierung begann kurz nach ihrem Amtsantritt im Jahr 1998, den im Koalitionsvertrag verankerten Atomausstieg vorzube-

reiten. Im Juni 2000 schloss sie einen Ausstiegsvertrag mit den vier großen Energiekonzernen E.on, RWE, EnBW und Vattenfall. Dieser in der Öffentlichkeit als ›Atomkonsens‹ bezeichnete Vertrag legte eine durchschnittliche Gesamtlaufzeit pro Kraftwerk von 32 Jahren fest, woraufhin das letzte deutsche AKW im Jahre 2022 vom Netz gehen sollte. Auf die schriftliche Vereinbarung zwischen Energiekonzernen und Regierung, die im Juni 2000 zustande kam, folgte 2002 deren gesetzliche Verankerung in Form einer Novellierung des Atomgesetzes. Darin wurde der Neubau von Kraftwerken untersagt sowie die zuvor unbefristete Laufzeit der Atommeiler eingeschränkt. Der Ausstiegsbeschluss wurde von der Regierung mit der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz und den Sicherheitsrisiken der Atomkraft begründet. Kurze Zeit später folgte die Abschaltung der ersten Kernkraftwerke. Das AKW Stade wurde 2003 und das AKW Obrigheim 2005 vom Netz genommen. Dies reduzierte die Anzahl der deutschen Atomkraftwerke auf 17.² Lange Zeit konnte es so erscheinen, als sei mit den Beschlüssen zur Jahrtausendwende zur Vermeidung weiterer politischer Konflikte im Umwelt- und Technikbereich (Feindt/Saretzki 2010) ein endgültiger Abschied von der Atomkraft bei hinreichend langfristigem Ausstiegsverlauf gelungen. Doch mit der Regierungsübernahme durch die schwarzgelbe Regierung im Jahre 2009 wurde die Revision des Atomausstieges unter dem begrifflichen Signum der ›Brückentechnologie‹ zum Programm. Dies wurde wie folgt im Koalitionsvertrag festgehalten:

»Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie, bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt werden kann. Andernfalls werden wir unsere Klimaziele, erträgliche Energiepreise und weniger Abhängigkeit vom Ausland, nicht erreichen. Dazu sind wir bereit, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke unter Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards zu verlängern. Das Neubauverbot im Atomgesetz bleibt bestehen. In einer möglichst schnell zu erzielenden Vereinbarung mit den Betreibern werden zu den Voraussetzungen einer Laufzeitverlängerung nähere Regelungen getroffen (u.a. Betriebszeiten der Kraftwerke, Sicherheitsniveau, Höhe und Zeitpunkt eines Vorteilsausgleichs, Mittelverwendung zur Erforschung vor allem von erneuerbaren Energien, insb. von Speichertechnologien). Die Vereinbarung muss für alle Beteiligten Planungssicherheit gewährleisten.« (CDU/CSU/FDP 2009)

Es folgte eine Phase äußerst intensiver Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU über die Umsetzung dieser Koalitionsvereinbarung. Schließlich wurde am 28. September 2010 ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorgelegt, auf dessen Grundlage sowie basierend auf dem Vertrag zwischen Regierung und Energiekonzernen vom 6. September des gleichen Jahres schließlich am 28. Oktober die umfangreichen gesetzgeberischen Veränderungen unter Einschluss der Laufzeitverlängerung vom Bundestag verabschiedet wurden. Begründet wurde der »Ausstieg aus dem Ausstieg« mit den Argumenten Energie-

2 Zur besseren Übersichtlichkeit und mit ergänzenden Informationen wird die Entwicklung der Atompolitik in Deutschland zwischen den Jahren 2000 und 2011 in der Tabelle 1 dargestellt.

sicherheit, Energiekosten und Klimaschutz. Längere Laufzeiten sollten laut Regierung verhindern, dass Deutschland von Stromimporten abhängig würde. Zudem sollte die Wirtschaft durch den günstigen Atomstrom profitieren und die CO₂-arme Produktion des Atomstroms zum Erreichen der deutschen Klimaschutzziele beitragen. Neben der Laufzeitverlängerung wurden die Einführung einer Brennelemente-Steuer sowie die Einrichtung eines Energie- und Klimafonds beschlossen. Hiermit sollten Teile der durch die Laufzeitverlängerung bei den Energiekonzernen entstehenden Gewinne abgeschöpft und für die Förderung regenerativer Energien verwendet werden. Zudem wurden Sicherheitsnachrüstungen für die deutschen Atomkraftwerke beschlossen. Trotz der geplanten Gewinnabschöpfung und Verbesserung der Sicherheitstechnik sowie der umfassenden Argumentation für eine Laufzeitverlängerung war diese sehr umstritten. Die Opposition lehnte die Regierungspläne grundlegend ab und in den Medien wurde heftig über diese diskutiert. Auch kam es zu einer Wiederbelebung der Anti-Atomkraftbewegung, die ihren Widerstand gegen die Laufzeitverlängerung mit teilnehmerstarken Protestaktionen zum Ausdruck brachte (Jahn/Korolczuk 2012).

Am 30. Juni 2011, nur etwas mehr als ein halbes Jahr nach dem Beschluss, die Reststrommengen für bis 1980 gebaute AKWs um acht Jahre und für neuere AKWs um 14 Jahre zu verlängern, wurde diese massive Ausdehnung des Übergangszeitraums, in dem die »Brückentechnologie« Kernkraft eine wesentliche Rolle im Energiemix spielen sollte, rückgängig gemacht. Die Reststrommengenregelung wurde durch feste Endtermine ersetzt, die deutlich frühere Zeitpunkte fixierten als die Berechnungen im Herbst 2010. Hinzu kam die Sofortabschaltung von acht AKWs (einschließlich des bereits seit 2009 aufgrund von Störfällen vom Netz genommenen AKW Krümmel). Nachdem in Folge eines Erdbebens am 11. März 2011 die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima ausgelöst wurde, kam es zu umgehenden und drastischen Reaktionen in der deutschen Politik. Die Regierung verhängte vier Tage nach dem Unglück ein dreimonatiges Atommoratorium. In diesem Zeitraum sollte die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke durch die Reaktorsicherheitskommission geprüft werden. Zudem wurden die acht ältesten deutschen Meiler vorläufig vom Netz genommen sowie eine Ethikkommission eingesetzt, welche über die Zukunft der Atomkraft in Deutschland beraten sollte. Während die Reaktorsicherheitskommission keine neuen Erkenntnisse über mögliche Sicherheitslücken deutscher Atomkraftwerke aus dem Fukushima-Unglück ableitete, empfahl die Ethikkommission aufgrund der neuen Bedeutung, die dem Restrisiko nach Fukushima zukomme, einen möglichst umgehenden Ausstieg aus der Atomkraft. Die Regierung entschied Ende Mai 2011, die acht vom Netz genommenen AKWs dauerhaft abzuschalten und die wenige Monate zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung zurückzunehmen. Diese Entscheidung wurde auch von den Ministerpräsidenten der Länder mitgetragen, die sich bei Zusammenkünften mit der Kanzlerin mehrfach für einen zügigen Atomausstieg aussprachen (Bauchmüller 2011; Vitzthum 2011). Ende Juni 2011 wurde dann von der Regierung und großen Teilen der Opposition eine weitere Novelle des Atomgesetzes beschlossen. Diese schreibt vor, die verbleibenden neun deutschen Atomkraftwerke bis 2022 schrittweise abzuschalten. Am gleichen Tag verabschiedete der Bundestag auch Regelungen zum beschleunigten Ausbau der Stromnetze und der regenerativen Energien.

Die Energiewirtschaft stimmte zunächst der zeitlich begrenzten Abschaltung der alten Kernkraftwerke mehrheitlich zu. Nachdem sich allerdings abzeichnete, dass diese nicht wieder hochgefahren und die verlängerten Laufzeiten zurückgenommen würden, äußerten insbesondere die vier großen Energiekonzerne öffentlich Kritik und reichten nach dem Ausstiegsbeschluss des Bundestages mehrere Klagen gegen die Bundesregierung ein. Der Zeitraum, auf den sich unsere Untersuchung konzentriert (11. März 2011 bis 1. Juli 2011), ordnet sich wie folgt in die Entwicklung der deutschen Atompolitik von 2010 bis 2013 ein.

Tabelle 1: Chronologie der deutschen Atompolitik von 2000 bis Ende 2012

| Datum | Ereignis |
|------------|--|
| 14.6.2000 | Bundesregierung schließt mit Energiewirtschaft Vereinbarung über Atomausstieg (‘Atomkonsens’) |
| 11.6.2001 | Unterzeichnung des Vertrags über den Atomausstieg zwischen rot-grüner Bundesregierung und Energiewirtschaft |
| 22.4.2002 | Bundestagsbeschluss zur Verankerung des Atomausstiegs im Atomgesetz |
| 11.11.2003 | Abschaltung AKW Stade als Folge des Atomausstiegs |
| 11.5.2005 | Abschaltung AKW Obrigheim als Folge des Atomausstiegs |
| 2.12.2008 | Parteitagsbeschluss der CDU zur Laufzeitverlängerung ohne Nennung konkreter Zahlen |
| 17.5.2009 | Beschluss Wahlkampfprogramm FDP, Forderung nach längeren Laufzeiten für Kernkraftwerke ohne Nennung konkreter Zahlen |
| 2.10.2009 | Präsidiumsbeschluss des Bundesverband Deutscher Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) pro Laufzeitverlängerung |
| 26.10.2009 | Unterzeichnung Koalitionsvertrag CDU/CSU/FDP mit Ankündigung der Laufzeitverlängerung |
| 6.9.2010 | Unterzeichnung des Vertrags zur Laufzeitverlängerung zwischen Regierung und Energiewirtschaft |
| 28.9.2010 | Beschluss des neuen Energiekonzepts durch die Bundesregierung (einschließlich Laufzeitverlängerung) |
| 28.10.2010 | Bundestagsbeschluss zur Einführung der Kernbrennstoffsteuer zum 1.1.2012 |
| 28.10.2010 | Bundestagsbeschluss zur Verankerung der Laufzeitverlängerung im Atomgesetz |
| 8.12.2010 | Bundestagsbeschluss zur Einführung des Energie- und Klimafonds zum 1.1.2012 |
| 11.3.2011 | Atomunfall in Fukushima |
| 14.3.2011 | Atom-Moratorium I durch die Bundeskanzlerin: eine auf drei Monate befristete Aussetzung der Laufzeitverlängerung für deutsche Kernkraftwerke |

| | |
|------------|---|
| 15.3.2011 | Atom-Moratorium II durch die Bundeskanzlerin: Abschaltung der sieben bzw. acht (Krümmel) ältesten AKWs während des Moratoriums (bis zum 15.06.2011) |
| 15.3.2011 | Sicherheitsprüfauftrag an Reaktorsicherheitskommission |
| 22.3.2011 | Einsetzung der Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel |
| 8.4.2011 | Atomausstiegsbeschluss des BDEW |
| 8.4.2011 | Energiekonzerne stoppen Zahlungen in Energie- und Klimafonds |
| 17.5.2011 | Veröffentlichung des Abschlussberichts der Reaktorsicherheitskommission |
| 30.5.2011 | Veröffentlichung des Abschlussberichts der Ethikkommission |
| 30.5.2011 | Beschluss der Bundesregierung zum Atomausstieg und zur dauerhaften Abschaltung der ältesten acht AKWs, eines dieser soll für eine Übergangszeit als Puffer dienen und ggf. wieder hochgefahren werden können |
| 30.6.2011 | Bundtagsbeschluss zur Verankerung des Atomausstiegs (verkürzte Laufzeiten) im Atomgesetz |
| 14.11.2011 | Verfassungsbeschwerde von E.on gegen Atomausstieg |
| 21.12.2011 | Beginn Schiedsverfahrens zwischen Vattenfall und Bundesregierung bei Weltbankgericht (ICSID) wegen Verletzung von internationalen Investitionsschutznormen, Vattenfall fordert 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz |
| 13.1.2012 | Finanzgericht Baden-Württemberg erklärt Brennelementsteuer für verfassungsgemäß |
| 13.6.2012 | Bekanntwerden der Verfassungsbeschwerde von RWE gegen Atomausstieg |
| 12.7.2012 | Verfassungsbeschwerde von Vattenfall gegen Atomausstieg |

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Presseberichten

1.2 Traditionelle Erklärungsmodelle

Diese radikale, die eigene Politik umkehrende Reaktion der Bundesregierung erklärte sich der Ansicht einiger früher wissenschaftlicher Veröffentlichungen (Davies 2012; Pampel 2011) schlicht durch die Dramatik der Katastrophe von Fukushima. Es habe keine andere Reaktion auf dieses Ereignis geben können. Die Größenordnung des Ereignisses und sein Auftreten in einem Hochtechnologieland erkläre die Regierungspolitik. Doch diese Erklärung trifft nicht zu. Es ist vor allem der internationale Vergleich, der die These einer zwingenden Reaktion zu widerlegen vermag: Wie in Tabelle 2 dargestellt, gab es massive energiepolitische Reaktionen auf den Unfall in Fukushima nur in Japan, Deutschland und der Schweiz, mit Einschränkungen auch noch in Italien, Bulgarien und Belgien. Alle anderen Länder setzten ihre Atompolitik trotz Fukushima unverändert fort (World Energy Council 2011). Eine direkt vom Ereignis ausgehende zwingende Wirkung

kann es daher nicht gegeben haben – ganz abgesehen von den methodologischen Überlegungen, die generell gegen eine derart naturalistische Erklärung vorzubringen sind.

Tabelle 2: Politische Reaktionen auf Fukushima im internationalen Vergleich bis Ende 2012

| | Ausstiegs- beschluss? | Politische Reaktion auf Fukushima bis Ende 2012 | Anzahl aktiver AKWs | Anteil an Strompro- duktion | Kraftwerke im Bau oder in Planung |
|---|----------------------------------|--|------------------------------------|--|--|
| <i>Deutliche Reaktionen auf das Fukushima-Unglück</i> | | | | | |
| Belgien | Ja | Neuerlicher Ausstiegsbeschluss im Oktober 2011, geplante Laufzeit AKWs bis 2025 | 2 | 51% | Nein |
| Bulgarien | Nein | Abbruch des erdbebengefährdeten Projekts in Belene (bereits zuvor in Kritik), Verschiebung nach Kosloduj, Opposition erzwingt 2012 Volksabstimmung über Zukunft von Belene (scheiterte Anfang 2013) | 2 | 33% | Ja, 2x |
| Deutschland | Ja | Sofortige Abschaltung von 8 AKWs, Rücknahme Laufzeitverlängerung, Begrenzung Laufzeit übriger AKWs bis 2021 | 9 (zuvor 17) | 16% (zuvor 28%) | Nein |
| Italien | Ja | Neueinstiegspläne gestoppt, Atomkraft in Referendum im Juni 2011 abgelehnt | 0 | 0 | Ja |
| Japan | Nein | Abschaltung aller AKW zur Sicherheitsprüfung, Reduktion der Atomkraftnutzung 2011 und 2012, September 2012 Ausstiegsankündigung bis ca. 2040, seit Regierungswechsel Ende 2012 neuer Pro-Atomkraftkurs | 54 | 29% | Ja, 5x |

| | | | | | |
|--|-------------------------------|---|-----|-----|---------|
| Schweiz | Ausstiegsbeschluss diskutiert | Einjährige Sicherheitsuntersuchung der Schweizer AKWs; Neuplanungen gestoppt, Ausstiegsbeschluss: Laufzeit bestehender AKWs bis 2034 begrenzt | 5 | 38% | Ja |
| <i>Nur geringe bzw. keine Reaktionen auf das Fukushima-Unglück</i> | | | | | |
| GB | Nein | Keine | 19 | 20% | Ja, 4x |
| China | Nein | Verschärfte Sicherheitsprüfungen bei Genehmigung von AKWs | 14 | 2% | Ja, 78x |
| Finnland | Nein | Keine | 4 | 28% | Ja, 1x |
| Frankreich | Nein | Keine | 58 | 74% | Ja, 2x |
| Österreich | Ja | Forderte Stresstest für europäische AKWs sowie Ausstieg aller Länder | 0 | 0 | Nein |
| Russland | Nein | keine | 32 | 17% | Ja, 24x |
| Spanien | Ja, aber aufgehoben | Keine | 8 | 21% | Nein |
| Tschechien | Nein | Keine | 6 | 33% | Ja, 2x |
| Türkei | Nein | Keine | 0 | 0 | Ja, 4x |
| USA | Nein | Keine | 104 | 20% | Ja, 5x |
| Polen | Nein | Keine | 0 | 0 | Ja, 6x |

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Presseberichten

Aber auch die weniger naiven Standarderklärungsmodelle der Politikwissenschaft versagen in der Erklärung des Atomausstiegs der Regierung Merkel: Eine *politisch-institutionalistische Erklärung* würde annehmen, dass Veränderungen auf Seiten der institutionellen Rahmenbedingungen erforderlich sind, um einen derart grundlegenden Politikwechsel auszulösen. Aber weder für das Institutionen-Setting des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland insgesamt (Anzahl der Vetospieler, Verfassungsinstitutionen, EU-Mehrebenensystem), noch für die Institutionen, die das Politikfeld Energiepolitik bestimmen (auf der Ebene der Ministerien, Wandel der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern), lässt sich im fraglichen Zeitraum ein Wandel aufzeigen.

Gleiches gilt bei Heranziehen eines *politisch-ökonomischen Erklärungsansatzes*. Danach müsste es im Machtgefüge zwischen Energieunternehmen und Staat eine wesentliche Veränderung gegeben haben, um den Politikwechsel zu erklären. An der äußerst starken Stellung der vier großen Energieversorger hat sich aber zwischen Herbst 2010 und Frühjahr 2011 nichts verändert. Der Aufstieg der kommunalen Versorgungsunternehmen vollzog sich bereits vor dem Sommer 2010 und hat im folgenden Jahr keine besondere Dynamik erfahren, die einen derartigen Politikwechsel hätte verständlich machen können (Bauchmüller 2010). Eine genauere Analyse der Positionen der großen Energieversorgungsunternehmen zeigt zudem, dass diese ihre Präferenzen und Überzeugungen ebenfalls nicht geändert haben.³

Wenn nicht die Unternehmen und deren Lobbying-Stärke in den Vordergrund gestellt werden, sondern ökonomische Rahmenbedingungen von weltwirtschaftlichen Veränderungen bis zur nationalen Konjunkturdaten, handelt es sich um einen *sozioökonomischen Erklärungsansatz*. Danach hätte es im Herbst/Winter 2010/2011 eines ökonomischen Einbruchs oder einer Konjunkturwende (oder spezieller eines Umbruchs auf den Energiemärkten) bedurft, um den Wechsel in der Energiepolitik der Regierung zu erklären. Auch derartige Veränderungen sind nicht aufgetreten (BDEW 2011).

Der *Machtressourcenansatz* erklärt Politikverschiebungen aus dem Machtverhältnis zwischen Arbeit und Kapital, insbesondere mit der Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Steigt deren Macht im nationalen Parlament und in den Betrieben, kann es zu einer Linksverschiebung der politischen Entscheidungen kommen. Aber von einem Machtzuwachs auf Seiten der linken Parteien und der Gewerkschaften kann für die Bundesebene im Zeitraum 2010–2011 nicht die Rede sein.

Erklärungsansätze, die Parteien in den Mittelpunkt stellen (*parties matter*), müssen davon ausgehen, dass es eine nennenswerte Verschiebung im Partegefüge bei Wahlen gegeben hat, um einen Politikwechsel erklärbar zu machen. Nach der gewonnenen Bundestagswahl 2009 bildeten FDP und CDU/CSU eine Regierung, die die Laufzeitverlängerung als gemeinsames Projekt betrachtete. Im Jahr 2010 fand nur eine Landtagswahl statt (Nordrhein-Westfalen, Mai 2010). Bei dieser musste die CDU allerdings Stimmenverluste von über 10% hinnehmen und das Ministerpräsidentenamt abgeben. Die FDP verlor in Umfragen im Jahresverlauf deutlich gegenüber ihrem Bundestagswahlergebnis von 14,6%. Darauf reagierte die Koalition im Bund aber nicht mit einer Korrektur des Regierungsprogramms, sondern mit der beschleunigten Realisierung desselben. Das Scheitern der schwarz-grünen Regierung in Hamburg führte zu vorgezogenen Wahlen im Februar 2011, die mit einem Desaster für die CDU (minus 20,7%) endeten und der SPD die abso-

3 So beugten sich diese nach Fukushima zwar den Ausstiegsvorgaben und damit dem »Primat« der Politik, hielten aber gleichzeitig an ihren Positionen fest, dass Atomkraft sicher, effizient und notwendig sei. Das Deutsche Atomforum äußerte etwa in einer Pressemeldung im März 2012, dass die Kernkraftwerksbetreiber weiterhin vom höchsten Niveau »der Sicherheit und Effizienz« der deutschen Anlagen überzeugt seien und Atomkraft »ein wichtiger Bestandteil des deutschen Energiemix und ein stabilisierender Faktor für unsere Netze« darstelle (Deutsches Atomforum 2012). Vom BDI stammt die ebenfalls »uneinsichtig« wirkende Aussage: »Den Verzicht auf einzelne Technologien oder Energieträger kann sich die Menschheit nicht leisten« (BDI 2012).

lute Mehrheit der Sitze einbrachten. Auch wenn die Niederlagen in NRW und Hamburg deutlich ausfielen, kann angesichts des bekannten Musters, in Landtagswahlen die jeweilige Bundesregierung ›abzustrafen‹ und der landespolitischen Spezifika dieser Wahlen samt der besonderen Schwäche der beiden CDU-Spitzenkandidaten, von einer grundlegenden Verschiebung im Parteiensystem nicht gesprochen werden. Wenn Landtagswahlen generell zentrale Bedeutung für den Bund beigemessen würden, hätte es in Deutschland ein weitaus höheres Maß an Politikwechseln geben müssen. Insofern liegt hier eine Verschiebung in der Parteienlandschaft vor, die die regierenden Parteien hat vorsichtig werden lassen, die aber nicht ausreichend erscheint, um den Ausstiegsbeschluss zu erklären.

Dennoch gilt als plausibelste und populärste Erklärung des Atomausstieges im März 2011 eine parteipolitische Interpretation (vgl. z.B. Jahn/Korolczuk 2012, S. 161; Wittneben 2011, S. 1): Der Atomausstieg sei eine Maßnahme gewesen, um in letzter Minute in den *Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg* einzugreifen und dieses christdemokratische ›Stammland‹ weiterhin für die Partei zu sichern. Damit ein solch grundlegender Politikwechsel als rationale Reaktion erscheint, muss erstens die Bedeutung der Wahlen in Baden-Württemberg für die Bundesregierung oder die CDU im Bund als sehr hoch eingeschätzt worden sein. Denn schließlich erfolgte die Veränderung der Policy auf einer ganz anderen Ebene als der, die durch den Wahltermin direkt betroffen war. Die unmittelbare Annahme des Vorrangs der Wahlorientierung mit dem Ziel der Stimmenmaximierung kann nur für die baden-württembergischen Politiker gelten. Für Politiker der Bundes-CDU ohne Mandat in Baden-Württemberg müsste aber ein Transfer, eine Art Anverwandlung erfolgt sein, so dass die Stimmenmaximierungsmotive der Landespolitiker zu solchen der Bundespolitiker wurden. Damit ein grundlegender Politikwechsel sinnvoll erscheint, muss zweitens aber auch unterstellt werden können, dass eine solch plötzlich vollzogene Kehrtwende in einem Politikfeld so große Auswirkungen auf die Wahlbevölkerung im betreffenden Bundesland haben wird, dass sich die Wahlchancen deutlich verbessern. Nur wenn der Politikwechsel einen ernsthaften Beitrag zur Veränderung des Stimmverhaltens dargestellt hätte, wäre es rational gewesen, ihn aus Wahlkampfgründen überhaupt vorzunehmen. Es müsste also von Seiten der Kanzlerin und der Berliner CDU-Politik unterstellt worden sein, dass der Ausstieg derart wirksam sei, dass in Baden-Württemberg mit einer deutlichen, wenn nicht entscheidenden Besserung der Wahlaussichten gerechnet werden könne. Die Umfrageergebnisse für den damaligen CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus waren u.a. durch dessen Verhalten im Konflikt um den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs Stuttgart 21 derart niedrig (Male 2010; Stuttgarter Nachrichten, 12. März 2011), dass es erheblicher Anstöße bedurfte hätte, um noch einen Sieg der CDU herbeizuführen. Ein solch starker Schwenk mag daher noch als ein Weg erschienen sein, um größere Verschiebungen auszulösen. Da zwischen Moratoriumsbeschluss und Wahlen aber weniger als zwei Wochen lagen, bestand für Korrekturen am Image des Kandidaten und der Landespartei kaum eine Chance. Dass angesichts dieser Schwierigkeiten ernsthaft hätte erwartet werden können, dass ein Wechsel in der Atompolitik die Wahlchancen entscheidend verändert, erscheint daher als wenig glaubhaft.

Es bleibt aber noch das Argument, dass der Ausgang der Wahl in Baden-Württemberg die rechnerische Chance für eine schwarz-grüne Koalition geboten hätte. Die Intervention qua Moratorium hätte in diesem Fall nur die Funktion gehabt, eine Koalition mit dem geschwächten Ministerpräsidenten und den Grünen unter Kretschmann zu ermöglichen. Dies würde erklären, warum die Reaktion auf Fukushima aus Berlin so schnell erfolgte. Eine koalitionspolitische Option wäre mithin als Antrieb zu unterstellen. Dann müsste die CDU aber zumindest die Chance gesehen haben, dass sich die Grünen ihnen koalitionspolitisch hätten zuneigen können. Im Landtagswahlprogramm 2011 von Bündnis 90/Die GRÜNEN (2010, S. 13) findet sich keine Koalitionsaussage, aber eine scharfe Kritik des Atomkurses von Ministerpräsident Mappus. Die Grünen zielten auf eine Regierungsbeteiligung, aber nicht auf eine spezifische Koalition, zumal es in Sachen Stuttgart 21 auch intensive Konflikte mit der SPD gab. Allerdings hatte der grüne Spitzenkandidat Winfried Kretschmann jahrelang einen Kurs verfolgt, der auf eine schwarz-grüne Zusammenarbeit hinauslief. So konnte durchaus berechtigt unterstellt werden, dass bei Beseitigung der größten Hürde, der AKW-Laufzeitverlängerung, die von Stefan Mappus aktiv betrieben worden war, sich ein Weg für eine neue Koalition in Baden-Württemberg hätte bieten können – womöglich auch ohne Stefan Mappus. Aus Sicht dieser Interpretation erscheint das Moratorium als letzter Versuch, in einem CDU-Stammland doch noch eine zukunftsfähige Koalitionsoption zu realisieren und zudem innerparteilich die Kräfte auszubooten, die nicht bereit waren, sich dieser neuen Option zuzuwenden. Es muss vielleicht angenommen werden, dass es gute Gründe gab zu vermuten, dass der Atomausstieg im Bund der Regierungsbildung in Baden-Württemberg die entscheidende Kehrtwende in Richtung Schwarz-Grün hätte geben können.

Unter diesen Annahmen ließe sich das Moratorium als gut begründetes Vorgehen verstehen. Dann bliebe aber zu fragen, warum eine derartige koalitionspolitische Thematik die Kraft besessen haben soll, die grundlegende energie- und industriepolitische Entscheidung des Jahres 2010 rückgängig zu machen. Warum sollten sich die bis dato atomkraftfreundlichen Fraktionen innerhalb der Regierungsparteien, die Wirtschaftsverbände und die großen Energieunternehmen einer solchen vagen koalitionspolitischen Option einer Partei beugen und ihre grundlegenden und langjährigen wirtschaftlichen Interessen zurückstellen? Die parteipolitische Erklärung mag zwar relevant sein für die Deutung der Motive einiger Akteure in der CDU/CSU, sie kann aber nicht erklären, warum sich diese parteipolitischen Interessen durchsetzen konnten.

Wie konnte es dazu kommen, dass sich die Forderung nach einem Abschalten der alten Atomkraftwerke trotz der energiepolitisch unveränderten Position der wirtschaftlich tragenden Kräfte in Deutschland schnell erweitern und zu der Suche nach Wegen eines schnellen und vollständigen Ausstieges zuspitzen konnte? Aus einer Perspektive, die die Diskursdynamiken ins Zentrum der Analyse stellt, sind drei Annahmen plausibel, um ein Sich-Festsetzen einer Forderung oder eines Bündels von Forderungen erklären zu können:

1. *Akteurszentralität*: Um eine Forderung im Diskurs durchzusetzen, muss der/die fordernde AkteurIn eine zentrale Position in der Auseinandersetzung einnehmen und es müssen viele weitere Akteure, die ebenfalls relativ zentrale Positionen einnehmen, die aufgestellte Forderung unterstützen.

2. *Konsistenz und Zusammenhalt*: Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Forderung, die anschlussfähig für andere Forderungen ist, größere Chancen auf Durchsetzung hat. In der Frame-Analyse ist dieser Zusammenhang als Frame-Bridging bekannt und bezeichnet die Fähigkeit von Akteuren, Brücken zwischen dem eigenen Interpretationsrahmen und denen möglicher Koalitionspartner zu bilden (Snow 2004).
3. Die *Schwäche der Opposition*: Die Erfolgchancen von Akteuren, die die ersten beiden Punkte erfüllen, sollten deutlich steigen, wenn oppositionelle Akteure diese Bedingungen nicht erfüllen. Die Marginalität und Zersplitterung von Alternativforderungen erleichtert die Durchsetzung der eigenen Forderung.

Um zu zeigen, dass ein Fokus auf Diskursdynamiken besser als politikwissenschaftliche Standardperspektiven in der Lage ist, den schnellen Wandel der deutschen Atompolitik nach Fukushima zu erklären, werden wir im Folgenden den diskursiven Prozess mit Hilfe der Diskursnetzwerkanalyse rekonstruieren. Auf dieser Analyse aufbauend wird geprüft, in welchem Umfang die drei genannten Bedingungen eines erfolgreichen Sich-Festsetzens von Forderungen im untersuchten Fall vorhanden waren.

2 Diskursnetzwerkanalyse

Gegenüber traditionellen Erklärungsansätzen, die bei der Deutung des Atomausstieges nicht zum Ziel führen, wird hier versucht, einen Beitrag zur Erklärung der überraschenden Politikwende mittels einer Rekonstruktion des Diskursprozesses zu liefern. Durch die Nachzeichnung der Verschiebungen der diskursiven Konstellationen (des Zusammenspiels von Akteuren, ihren Argumenten und Forderungen) wird beschrieben, wie sich Akzeptanz für den Atomausstieg in den Medien abzeichnete, wie sich der öffentliche Diskurs in dem kurzen Zeitraum zwischen dem März-Ereignis des Atom-Unfalls in Fukushima und Ende Juni 2011 dynamisierte und den Ausstiegsbeschluss möglich werden ließ. Im Zentrum einer solchen Prozessanalyse muss das Zusammenspiel zwischen Akteuren und Forderungen stehen. Welche Akteure fordern wann etwas, was zum gleichen Zeitpunkt auch andere Akteure fordern oder gerade ablehnen? Welche Nähen entstehen im diskursiven Raum zwischen Akteuren über gleich lautende Forderungen, welche Distanzen ergeben sich aufgrund unterschiedlicher Forderungen? Und wie verschieben sich dadurch die politischen Akteurskonstellationen? Zur Beantwortung dieser Fragen kombinieren wir die Diskursnetzwerkanalyse mit Elementen der Political Claims Analysis. Die Diskursnetzwerkanalyse überträgt Methoden und Werkzeuge der allgemeinen Netzwerkanalyse auf Diskurse. Netzwerkanalytische Ansätze finden inzwischen sowohl in den Sozial- als auch in den Naturwissenschaften ein breites Anwendungsfeld (Butts 2009). Der epistemologische Kern netzwerkanalytischer Ansätze ist dabei, dass komplexe Systeme nicht als Aggregate isolierter Einzelbestandteile verstanden werden können, sondern dass zu ihrem Verständnis die Interaktion zwischen den Elementen analysiert werden muss. Diese relationale Perspektive bietet sich für die Analyse von Diskursen an,

da Diskurse nie einfach nur aggregierte Äußerungen sind, sondern aus komplexen Verbindungen zwischen Akteuren, ihren Äußerungen, anderen Akteuren und deren Äußerungen bestehen. Die Diskursnetzwerkanalyse (Leifeld 2009; Leifeld/Haunss 2012) ermöglicht es, diese diskursive Interaktion einer großen Zahl von Akteuren über die Zeit zu analysieren und dabei der Komplexität diskursiven Geschehens Rechnung zu tragen. Die Knoten des diskursiven Netzwerks bilden die Akteure und ihre Äußerungen – in unserem Fall ihre Claims. Ein Diskursnetzwerk besteht also aus zwei Klassen von Knoten. Es gehört damit in die Klasse der bipartiten oder 2-mode Netzwerke. Kanten zwischen diesen Knoten entstehen, wenn Akteure Forderungen stellen oder Entscheidungen treffen. Abbildung 1 illustriert dieses Modell.

Quelle: Janning/Leifeld/Malang/Schneider (2009: 71)

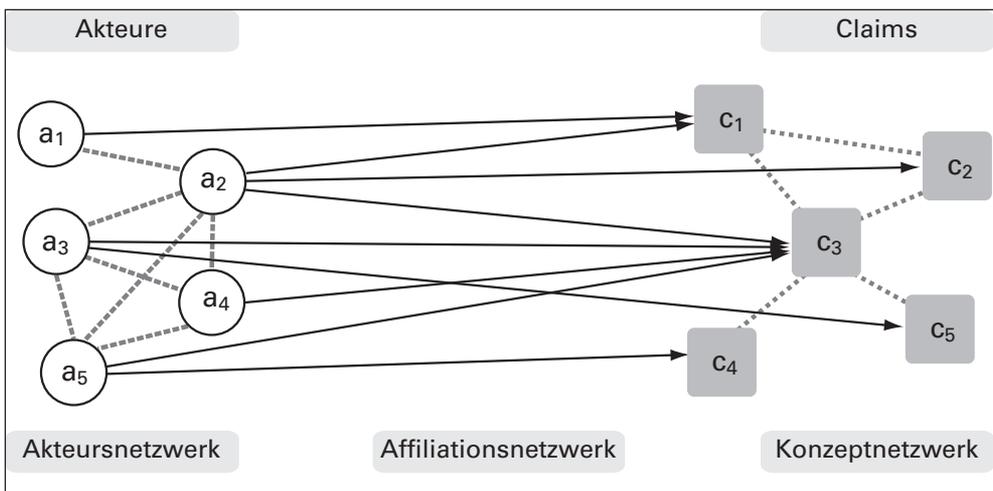


Abbildung 1: Grundmodell eines Diskursnetzwerks

Das Affiliationsnetzwerk G^{aff} verbindet Akteure a_1, a_2, \dots, a_m mit den Claims oder Konzepten c_1, c_2, \dots, c_n . In Abbildung 1 ist diese Relation mit durchgezogenen Linien dargestellt, die die Akteure und Claims verbinden. In 2-mode Netzwerken existieren direkte Verbindungen nur zwischen Knoten unterschiedlicher Kategorien. Die Kanten sind gerichtet, weil Akteure Forderungen stellen, entscheiden oder handeln. Das Diskursnetzwerk ist zudem dynamisch. Genauer gesagt existiert zu jedem Zeitpunkt t ein Affiliationsnetzwerk G_t^{aff} . Schließlich sind Akteure und Claims entweder positiv (zustimmend) oder negativ (ablehnend) verbunden. Ein Akteur a_1 kann beispielsweise die Laufzeitverlängerung der AKWs ablehnen, während ein anderer Akteur a_2 genau diese fordert. Im Netzwerkmodell wird diesem Umstand durch ein positives oder negatives Kantengewicht der Verbindung zwischen Akteur und Claim Rechnung getragen. Das Diskursnetzwerk in diesem Modell ist also ein gerichtetes, dynamisches, bipartites Netzwerk.

Ausgehend von diesem Netzwerk können zwei Abbildnetzwerke generiert werden, indem entweder Akteure miteinander verbunden werden, die die gleichen Claims teilen

oder indem Claims verbunden werden, die von denselben Akteuren geteilt werden. Diese beiden Co-Occurrence Netzwerke sind ungerichtet. In Abbildung 1 sind sie als gestrichelte Linien visualisiert. Auch die Abbildnetzwerke können für jeden Zeitpunkt t generiert werden und erlauben so eine Analyse der temporalen Entwicklung der Netzwerke.

Für Netzwerke als Ganzes und für die einzelnen Knoten lassen sich verschiedene Maßzahlen berechnen. Das für unsere Fragestellung relevanteste Maß ist die *relative Zentralität* der einzelnen Knoten als Maß für die Bedeutung einzelner Akteure oder Claims im Diskurs. Das einfachste Zentralitätsmaß ist die *Degree-Zentralität*, die die Anzahl der Kanten eines Knotens angibt. In 2-mode Netzwerken ist dieses Maß aber wenig aussagekräftig, weil es nur die Anzahl der Claims eines Akteurs in einem bestimmten Zeitraum bzw. die Anzahl der Akteure, die einen Claim formulieren, abbildet. Aussagekräftiger sind Zentralitätsmaße, die auch die Nachbarschaft eines Knotens berücksichtigen. Möglicherweise kann nämlich ein Akteur, der nur zwei oder drei Claims formuliert, die jeweils von vielen anderen Akteuren geteilt werden, wichtiger für die Struktur eines Diskurses sein als ein Akteur, der fünf Claims formuliert, die aber niemand anderes teilt. Ein Maß für diese, die Nachbarschaft eines Knotens berücksichtigende Zentralität ist die *hub centrality* (Brandes/Wagner 2004; Kleinberg 1999). Da wir für unsere Analyse besonders daran interessiert sind, welche Prozesse im Zentrum des Diskurses stattfinden, konzentrieren wir uns in der Darstellung der Netzwerke jeweils auf die Netzwerk-Kerne (*n-cores* oder *m-slices*). Hierbei bezeichnet ein *n-core* das Sub-Netzwerk, dessen Knoten mindestens die Degree-Zentralität n haben und ein *m-slice* das Sub-Netzwerk, dessen Kanten mindestens das Gewicht m haben.

Das Material, das mittels Diskursnetzwerkanalyse ausgewertet wird, besteht aus den Forderungen politischer Akteure. Unsere Analyse beruht auf der Auswertung der Forderungen (Claims) aller Akteure, über die in zwei deutschen Tageszeitungen im Zeitraum zwischen dem Erdbeben in Japan und dem Bundestagsbeschluss über den Atomausstieg berichtet wurde. Ausgewertet wurden alle Artikel, die in der Süddeutschen Zeitung und in der Welt zwischen dem 11. März 2011 und 2. Juli 2011 erschienen sind. Die beiden Zeitungen wurden ausgewählt, um ein möglichst breites politisches Spektrum abzubilden, da wir davon ausgegangen sind, dass atomkraftkritische Akteure in der Süddeutschen Zeitung und Atomkraftbefürworter in der Welt jeweils überrepräsentiert sein könnten. Bei der Kodierung der Artikel wurden in einem ersten Schritt in der Volltext-Zeitungsdatenbank Factiva alle Artikel identifiziert, die in den überregionalen Teilen der beiden Zeitungen erschienen sind und die die trunkierten Stichworte AKW, Atom, oder Nuklear sowie Ausstieg, Stilllegung, Abschalten oder Laufzeit in allen Flexionen, Substantiv- und Verbformen enthalten.⁴

In den so gefundenen Artikeln wurden dann, in Anlehnung an das von Ruud Koopmans federführend entwickelte Kodierschema der Political Claims Analysis (Koopmans/Statham 1999; Koopmans 2002), alle Claims anhand eines zuvor entwickelten Codebuchs zuerst manuell kodiert und dann in eine Datenbank übertragen. Während Koopmans und seine KollegInnen mit einem sehr weit gefassten Claims-Begriff operieren, der

4 Für die erste Woche nach dem Erdbeben wurde auf die Einschränkung des Suchstrings verzichtet.

auch bewertende Statements mit einschließt, haben wir Claims und evaluative Statements getrennt kodiert. Für diesen Artikel werten wir die evaluativen Statements nicht quantitativ aus. Unter Claims verstehen wir *jede Forderung oder Entscheidung von Akteuren* im entsprechenden Politikfeld. Ein Claim kann einen oder mehrere Sätze oder manchmal auch nur Teilsätze umfassen. Neben dem Claim wurden jeweils noch folgende weitere Elemente kodiert: AkteurIn bzw. SprecherIn mit Name, Organisations- und Parteizugehörigkeit, Befürwortung oder Ablehnung, sowie Datum des Claims.⁵ Der Satz »SPD und Grüne forderten außer der Rücknahme der Laufzeitverlängerung ein Abschalten der sieben ältesten und unsichersten Meiler« in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung (Brössler 2011) wurde beispielsweise kodiert als Ablehnung der Laufzeitverlängerung der Akteure SPD und Grüne am 13. März 2011 sowie als Befürwortung des Abschaltens der Altmeiler durch die Akteure SPD und Grüne am 13. März 2011. Der Satz enthält also (jeder Akteur wird einzeln gezählt) vier Claims. Der Satz »die TU München hält dagegen die Sicherungssysteme für mehr als ausreichend« (Süddeutsche Zeitung, 16.4.2011), der in Koopmans Kodierschema ebenfalls als Claim gewertet würde, wurde von uns dagegen als evaluative Aussage interpretiert und bleibt daher bei der Analyse der Claims für diesen Artikel unberücksichtigt. Im gesamten Zeitraum wurden in beiden Zeitungen 398 Artikel veröffentlicht (Welt 159; SZ 239), in denen Claims von Akteuren zur Atompolitik in Deutschland enthalten waren. Das sind pro Tag in der Welt durchschnittlich 1,7, in der Süddeutschen Zeitung 2,5 relevante Artikel. In diesen Artikeln wurden 1299 Claims kodiert (Welt 584; SZ 715). Im Zeitverlauf lassen sich mehrere Wellen verstärkter diskursiver Aktivität ausmachen (siehe Abbildung 2 und Tabelle 3), die mit der Ereignisgeschichte des Atomausstieges korrespondieren. Um die Entwicklung des Ausstiegdiskurses im Zeitverlauf analysieren zu können, haben wir den Untersuchungszeitraum entsprechend den Diskursintensitäten und Ereignissen in acht Phasen untergliedert:

1. Phase 11.–13. März: die ersten beiden Tage unmittelbar nach dem Erdbeben in Japan,
2. Phase 14.–15. März: Atom-Moratorium I (Aussetzung der Laufzeitverlängerung) und Atommoratorium II (Abschaltung der acht ältesten Atomkraftwerke),
3. Phase 16.–22. März: Zeitraum bis zur Einrichtung der Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung,
4. Phase 23. März - 8. April: Zeitraum bis Atomausstiegsbeschluss des Bundesverbands Deutsche Energie- und Wasserwirtschaft sowie der Einstellung der Zahlungen der AKW-Betreiber in den seit Anfang 2012 bestehenden Energie- und Klimafonds,
5. und 6. Phase 9.–28. April und 29. April–17. Mai: Zeitraum bis zum Abschlussbericht der Reaktorsicherheitskommission,
7. Phase 18.–30. Mai: Zeitraum bis zum Ausstiegbeschluss der Bundesregierung sowie
8. Phase 31.Mai–1. Juli: Zeitraum bis zum Bundestagsbeschluss zum Ausstieg aus der Atomkraft.

5 Wenn im Artikel nicht explizit anders angegeben, wurde angenommen, dass der Claim vom Vortag des Erscheinungstermins stammt.

Die Phasen orientieren sich an den in Tabelle 1 aufgelisteten Ereignissen und umfassen daher unterschiedlich lange Zeiträume mit jeweils unterschiedlich vielen Statements. Der lange Zeitraum zwischen dem 9. April und 17. Mai wurde zudem zweigeteilt, weil er (siehe Abbildung 2) zwei eindeutig voneinander getrennte lokale Intensitätsmaxima aufweist, die auf relevante Veränderungen der Diskursnetzwerke hinweisen.

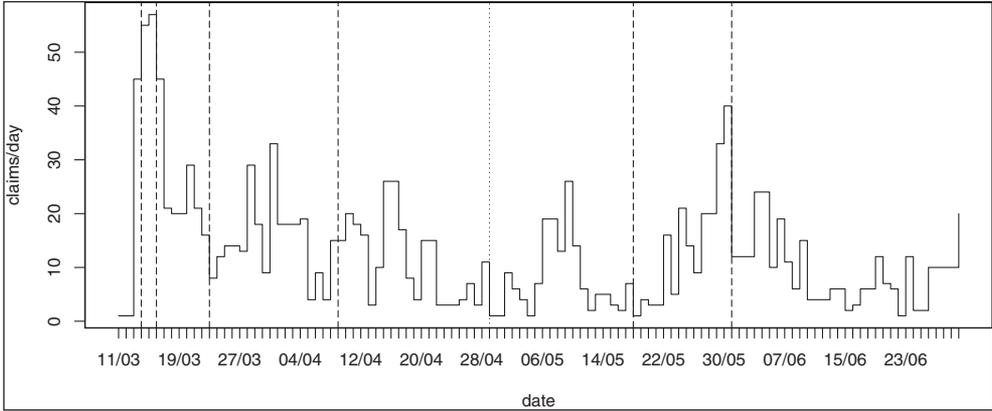


Abbildung 2: Claims pro Tag

Tabelle 3: Anzahl der Claims und Aufteilung Untersuchungszeitraum

| Zeitraum | Anzahl Claims | Ereignisse |
|-------------|---------------|--|
| 11.3–13.3 | 50 | Tage eins und zwei nach dem Erdbeben |
| 14.3.–15.3. | 137 | Atom-Moratorium I und II werden beschlossen |
| 16.3.–22.3 | 165 | Zeitraum bis Einrichtung Ethikkommission |
| 23.3-8.4. | 243 | Zeitraum bis Atomausstiegsbeschluss BDEW & Zahlungsstopp AKW-Betreiber |
| 9.4.-28.4 | 179 | Zeitraum bis Abschlussbericht Reaktor-Sicherheits-Kommission |
| 29.4.-17.5. | 136 | |
| 18.5-30.5. | 181 | Zeitraum bis Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung |
| 31.5-1.7 | 208 | Zeitraum bis Bundestagsbeschluss Atomausstieg |
| Gesamt | 1299 | |

3 Rekonstruktion des Diskursverlaufs

Wie die Häufigkeitsverteilung der Claims pro Tag in Abbildung 2 zeigt, erreicht die Debatte ihre höchste Intensität in den unmittelbar auf Fukushima folgenden ersten Werktagen der Woche vom 14. bis 20. März 2011. Wie entwickelte sich die Debatte in diesen ersten Tagen? Die Abbildungen 3 und 4 zeigen die 3- bzw. 5-cores der Diskursnetzwerke der ersten beiden Zeiträume. Ein n -core eines Netzwerks enthält nur die Knoten mit einer Degree-Zentralität von mindestens n . In bipartiten Netzwerken ist es oft sinnvoll, dieses Kriterium nur auf eine der beiden Knotenkategorien anzuwenden. In diesem Fall handelt es sich um die Diskursnetzwerke, in denen die Claims mindestens den Degree-Zentralitätswert 3 bzw. 5 haben.

In Abbildung 3 wird deutlich, dass in den ersten beiden Tagen nach dem Erdbeben und dem Reaktorunfall in Fukushima die Regierungsakteure umgehend reagieren, aber zunächst nur mit dem moderaten Ruf nach einer Sicherheitsüberprüfung der deutschen AKWs. Die Oppositionsparteien nutzen dagegen gleich die ersten Tage, um einen schnellen und/oder endgültigen Ausstieg aus der Kernenergienutzung und ein Abschalten der Altmeiler zu fordern. Die Regierungskoalition weist zu diesem Zeitpunkt die Forderung nach einem schnellen Ausstieg noch zurück (die gestrichelten Kanten oben rechts zwischen den Akteuren Bundesregierung und FDP und der Forderung Ausstieg ›(schnell)‹). Allerdings scheren die Umweltpolitiker der CDU und CSU, Norbert Röttgen und Josef Göppel, schon mit weitergehenden Forderungen zur Überprüfung der aktuellen Atompolitik und – im Falle von Göppel – sogar mit der Forderung nach Rücknahme der Laufzeitverlängerung aus dem Regierungslager aus.

Schon zwei Tage später (siehe Abbildung 4) zeigt die Momentaufnahme des bundesdeutschen AKW-Diskurses ein deutlich anderes Bild. Im Zentrum der Debatte steht die

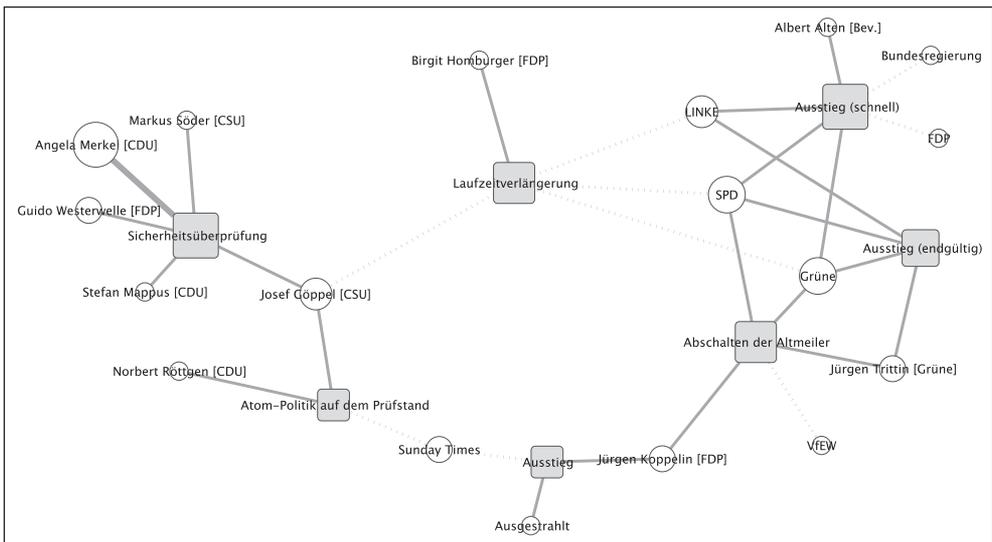


Abbildung 3: AKW-Diskurs, Zeitraum 1: 11.–13.3.2011 (3-core)

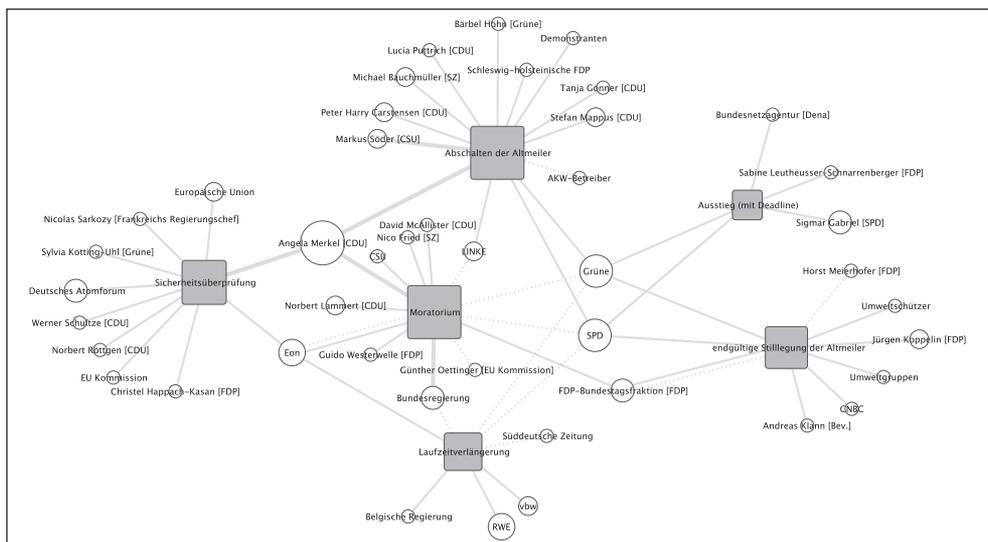


Abbildung 4: AKW-Diskurs, Zeitraum 2: 14.–15.3.2011 (5-core)

In dieser und in den folgenden Abbildungen symbolisieren Kreise Akteure und graue Quadrate die Claims. Eine durchgängige Linie steht für einen positiven Bezug zum Claim, eine gestrichelte Linie symbolisiert die Ablehnung des Claims. Die Größe der Knoten modelliert deren Degree-Zentralität unter Berücksichtigung des Kantengewichts. Die Stärke der Linien ist proportional zum Kantengewicht, d.h. zur Häufigkeit der Wiederholung desselben Claims durch denselben Akteur im jeweiligen Zeitraum.

Forderung nach einem Moratorium und dem (vorübergehenden) Abschalten der Altmeiler. Dabei sind es insbesondere die LandespolitikerInnen der CDU und CSU, die die Forderung nach Abschaltung der Altmeiler unterstützen. Zu diesem Zeitpunkt hält Angela Merkel klar die ›diskursiven Zügel‹ in der Hand. Sie gibt die Regierungslinie vor und verbindet die Forderungen nach Sicherheitsüberprüfung, Abschalten der Altmeiler und dreimonatigem Moratorium. Grüne und SPD unterstützen die Forderung nach Abschaltung der Altmeiler, lehnen jedoch das Moratorium als unzureichend ab und fordern stattdessen die Rückkehr zum rot-grünen Ausstiegsszenario und eine endgültige Stilllegung und nicht nur temporäre Abschaltung der Altmeiler. Die AKW-Betreiber beteiligen sich ebenfalls am Diskurs und versuchen – allein auf weiter Flur – die gerade erst erfolgreich ausgehandelte Laufzeitverlängerung zu verteidigen. Wie zuvor bereits ausgeführt, kommt es für die Zentralität der am Diskurs beteiligten Akteure weder allein auf die Anzahl der Äußerungen noch auf die Anzahl der Argumente an. Vielmehr ist es sinnvoll davon auszugehen, dass diejenigen Akteure besonders zentral sind, die Forderungen unterstützen, die von vielen anderen Akteuren ebenfalls unterstützt werden – insbesondere, wenn die Forderungen der anderen Akteure ebenfalls wieder von vielen anderen geteilt werden. Eine Maßzahl für diese Art der Zentralität ist die hub-centrality (Brandes/Wagner 2004; Kleinberg 1999). Im Diskursnetzwerk des zweiten Zeitraums liegt Angela Mer-

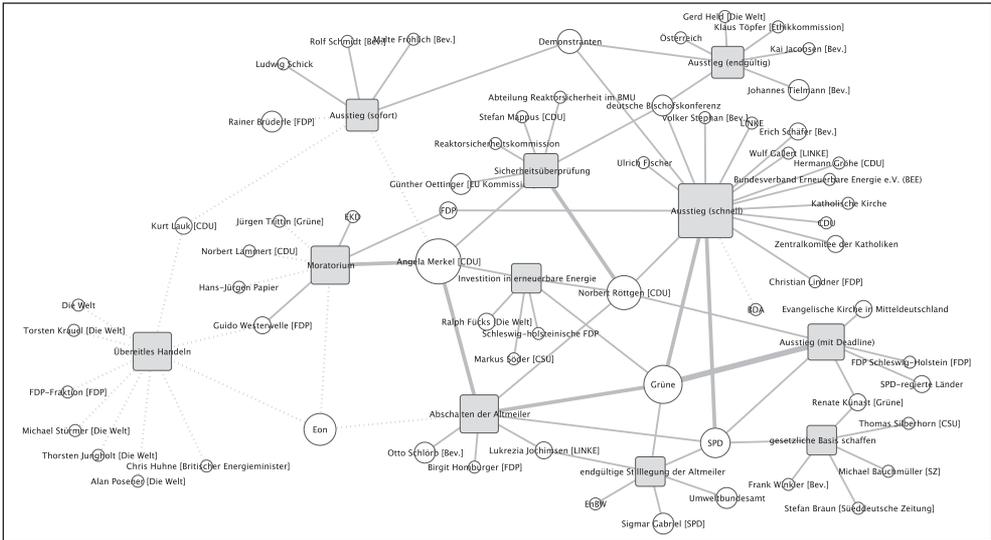


Abbildung 5: AKW-Diskurs, Zeitraum 3: 16.–22.3 (6-core)

kel mit einem Wert von 10,18⁶ weit vor den folgenden Akteuren (E.on 5,30; Grüne 5,18; SPD 5,18).

Im dritten Zeitraum, zwischen dem 16. und 22. März, findet eine deutliche Schwerpunktverlagerung im Diskurs statt. Die oppositionelle Forderung nach einem schnellen Ausstieg gewinnt an Zentralität. Sie wird vereinzelt von PolitikerInnen der Regierungskoalition unterstützt, die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg wird allerdings deutlich zurückgewiesen. Die AKW-Befürworter verteidigen die Laufzeitverlängerung nicht mehr offensiv, sondern weichen auf die Warnung vor übereiltem Handeln aus. Explizite Pro-AKW-Positionen sind im Diskurs weiterhin marginal. Angela Merkel bleibt die Akteurin mit den meisten Claims, dicht gefolgt von ihrem Umweltminister, den Grünen und der SPD. Gleichzeitig differenziert Merkel ihre Forderungen aus und bezieht jetzt, genau wie die anderen drei zentralen Akteure, zu jeweils fünf Forderungen Stellung. Betrachtet man wieder die *hub centrality*, dann liegt Merkel jetzt mit einem Wert von 7,54 hinter den Grünen (9,62) und vor Röttgen (5,88) und der SPD (5,65). Merkel hat also zu diesem Zeitpunkt einen Teil ihrer diskursiven Zentralität eingebüßt. Die Forderungen der Opposition sind stärker in den Vordergrund gerückt. Dies ändert sich wieder im vierten Zeitraum. Ab Mitte Mai, im siebten und achten Zeitraum, weisen die Grünen jeweils mit Abstand die höchsten *hub centrality* Werte auf, im fünften Zeitraum wird die Liste der zentralsten Akteure vom SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel angeführt, nur im sechsten Zeitraum sind der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer, gefolgt von CDU und FDP, die zentralsten Akteure.

6 Berechnet wurden hier prozentuale hub centrality Werte, d.h. Angela Merkel vereint 10,18% der im gesamten Netzwerk vorhandenen hub centrality auf sich.

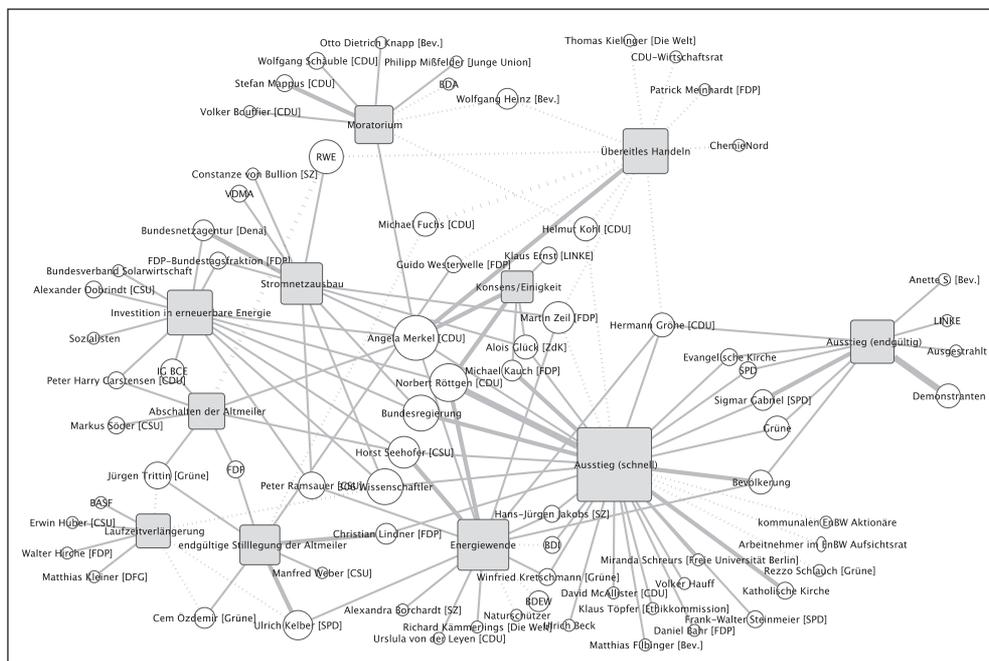


Abbildung 6: AKW-Diskurs, Zeitraum 4: 23.3-8.4.2011 (7-core)

Abbildung 6 zeigt den vierten Zeitraum zwischen Einsetzung der »Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung« und dem Votum des Bundesverbandes Deutscher Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), den Atomausstieg zu befürworten. In diesem Zeitraum weisen Umweltminister Norbert Röttgen (6,98) und Angela Merkel (4,89) die höchsten *hub centrality* Werte auf. Daneben sind mit Peter Ramsauer und Horst Seehofer zwei CSU-Politiker im Zentrum des Diskursnetzwerks angesiedelt. Die zentralen Akteure haben sich zu diesem Zeitpunkt die im vorangegangenen Zeitraum von Grünen und SPD aufgestellte Forderung nach einem schnellen Atomausstieg zu eigen gemacht und damit die Oppositionsparteien wieder aus dem Zentrum des Diskurses verdrängt. Diese wiederum versuchen die Regierungsposition zu überbieten, allerdings nur mit begrenzter Resonanz. Die argumentative Verteidigung des Moratoriums wird in diesem Zeitraum eher eine Strategie der ehemaligen Atom-Befürworter, denen der Schwenk in Richtung Ausstieg im Grunde zu schnell geht. Bemerkenswert ist, dass im vierten Zeitraum vor allem von Akteuren aus den Regierungsparteien schon deutliche Forderungen nach konkreter Ausgestaltung der Energiewende laut werden. Das heißt, spätestens Anfang April, also noch nicht einmal einen Monat nach dem Reaktorunglück in Fukushima, gehen relevante Akteure der Regierungskoalition offenbar schon davon aus, dass der ›Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg‹ kommen wird und beginnen die wirtschaftlichen Claims abzustecken und den Kampf um die Verteilung der Fördermittel zum Ausbau erneuerbarer Energien (oder auch zum Ausbau fossiler Energieversorgung) zu beginnen.

Im fünften und sechsten Zeitraum bleibt der Raum der Forderungen konstant. Die Diskursnetzwerke spiegeln einen auf Bundesebene von den meisten politischen Akteuren geteilten Konsens wieder, die AKWs schneller als im Rahmen der Laufzeitverlängerung vereinbart abzuschalten. Die Verteilung der Forderungen stagniert, eine Rückbewegung findet ebenso wenig statt wie eine weitere Zuspitzung der Forderungen.

Im siebten Zeitraum zwischen dem 18. und 30. Mai, zwischen der Veröffentlichung des Abschlussberichts der Reaktorsicherheitskommission und dem Beschluss der Bundesregierung zum Atomausstieg und zur dauerhaften Abschaltung der ältesten acht AKWs, steht die Forderung nach einem Ausstieg mit konkreten Deadlines, die sogar vor den im rot-grünen ›Atomkonsens‹ anvisierten liegen, im Zentrum des Diskurses. Zum ersten Mal ist die zentrale Forderung des AKW-Diskurses in diesem Zeitabschnitt höchst umkämpft. Wieder ist es neben Angela Merkel und Norbert Röttgen insbesondere die CSU, die die Ausstiegsforderung unterstützt, während vor allem aus der FDP, aber auch vereinzelt aus der CDU Widerstand gegen die konkrete Festlegung auf ein Ausstiegsdatum laut wird. Ein Blick auf die *hub centrality* weist in diesem Zeitraum die CSU mit einem Wert von 7,79 als Akteur mit dem zweithöchsten Zentralitätswert aus, nach den Grünen (8,39) und vor FDP (6,62) und Angela Merkel (5,61).

In der letzten Phase ist die Debatte innerhalb der Regierungsparteien zur Ruhe gekommen. Nach dem Ausstiegsbeschluss der Regierung wird der Diskurs in der Zeit bis zum Bundstagsbeschluss eindeutig von den Grünen dominiert und ist gekennzeichnet von Auseinandersetzungen innerhalb der grünen Partei sowie zwischen Grünen, Teilen

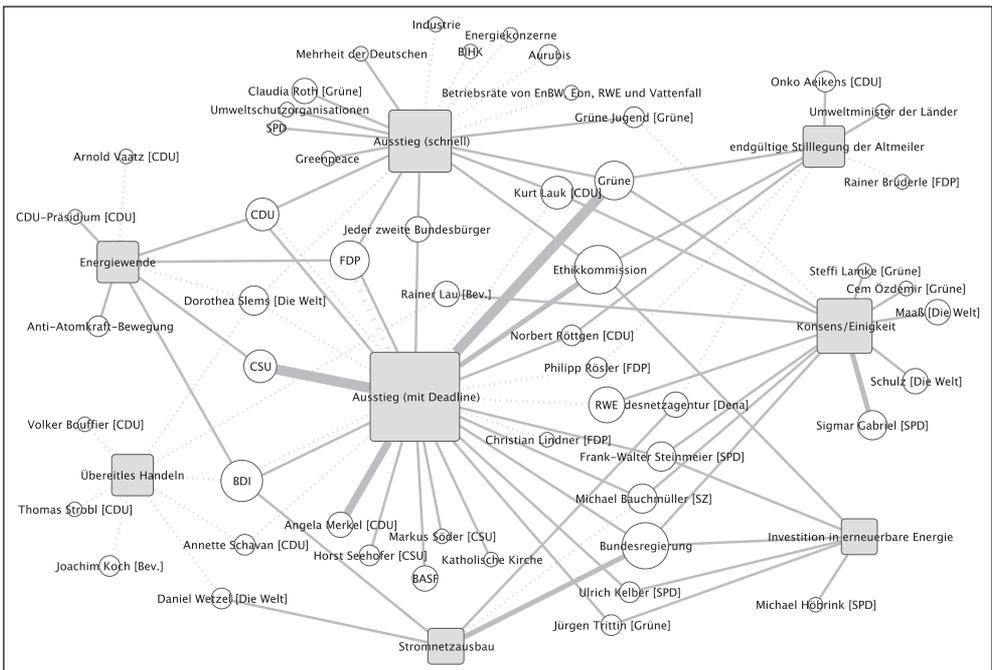


Abbildung 7: AKW-Diskurs, Zeitraum 7: 18.5-30.5.2011 (6-core)

der Anti-AKW-Bewegung und Umweltorganisationen um den richtigen Ausstiegskurs. Es geht im Kern nur noch darum, wie schnell der Atomausstieg vollzogen werden soll. Die von den AKW-Betreibern in dieser Phase stark gemachte Forderung nach Schadensersatz im Falle einer Rücknahme der verlängerten Laufzeiten findet nur wenig Widerhall. Die Gruppe der Mahner vor übereiltem Handeln ist immer noch präsent, bleibt aber peripher. In der achten Phase adressieren nur noch weniger als die Hälfte aller Claims (48,1%) unmittelbar den Ausstieg oder die Sicherheit der AKWs. In 51,9% der Claims geht es dagegen um die zukünftige Energiepolitik jenseits der Atomkraft (31,6%) und um Verfahrensfragen im weitesten Sinne (20,3%). In der zweiten Phase standen noch 77,8 % Ausstiegs- und Sicherheits-Claims lediglich 22,2% Energiewende- und Verfahrensclaims gegenüber.

Eine Analyse der Akteursnetzwerke, d.h. der Netzwerke in denen Kanten entstehen, wenn die jeweiligen Akteure Claims teilen, veranschaulicht noch einmal die diskursive Dynamik der ersten Tage.

Abbildung 8 zeigt die 2-slices der Akteurs-Kongruenz-Netzwerke der ersten vier Zeiträume. Das heißt, die Netzwerke enthalten die Akteure, die jeweils paarweise mindestens zwei Claims teilen, also zum Beispiel sowohl den Ausbau erneuerbarer Energien als auch den schnellen Atomausstieg fordern. Die Abbildung zeigt deutlich, dass die Oppositionsparteien von Anfang an mehrere Forderungen teilten und damit diskursive Kohärenz zeigten. Bei Akteuren der Regierungsparteien entwickelt sich diese diskursive Kohärenz erst mit der Zeit. Im dritten Zeitraum verschmelzen die vorher noch getrennten diskursiven Lager und ab dem 23. März wächst die Gruppe der Regierungsakteure, die mehrere Claims teilen stark an und verdrängt das immer noch erkennbare separate Oppositions-Cluster aus dem Zentrum des Diskurses. Zweifellos hat Angela Merkel spätestens mit den Moratoriumsbeschlüssen am 14. und 15. März die Debatte bestimmt. Dementsprechend nimmt sie auch in Abbildung 4 eine zentrale Position im Netzwerk ein. Eine kohärente Diskurskoalition bildet sich im Regierungslager aber erst ca. 12 Tage nach Fukushima heraus. Vor dem Hintergrund der noch kurz zuvor befürworteten Laufzeitverlängerung ist dies eine beeindruckende Geschwindigkeit, die den relativen Stabilitätsannahmen etwa der Literatur über Policy-Koalitionen aus der Perspektive des Advocacy-Coalition-Frameworks (Sabatier/Weible 2007) zuwider läuft.

Klar erkennbar in den Akteursnetzwerken ist auch, dass sich zu keinem Zeitpunkt eine relevante Diskurskoalition etabliert, die an der Laufzeitverlängerung festhält. Auch dieser Umstand ist bemerkenswert, weil die Laufzeitverlängerung Bestandteil des Koalitionsvertrags der schwarz-gelben Koalition und vor kurzem erst umgesetzt worden war, also starke FürsprecherInnen in den Regierungsparteien gehabt haben muss. Diese waren allerdings im März 2011 nicht in der Lage und/oder nicht gewillt, gemeinsam in den AKW-Diskurs einzugreifen.

Die Schwäche der Atomkraftbefürworter illustriert das Claims-Netzwerk in Abbildung 9. Das Netzwerk zeigt diejenigen Claims, die im vierten Zeitraum mindestens sechsmal genannt und von mindestens zwei Akteuren verwendet worden sind. Das Bild des Netz-

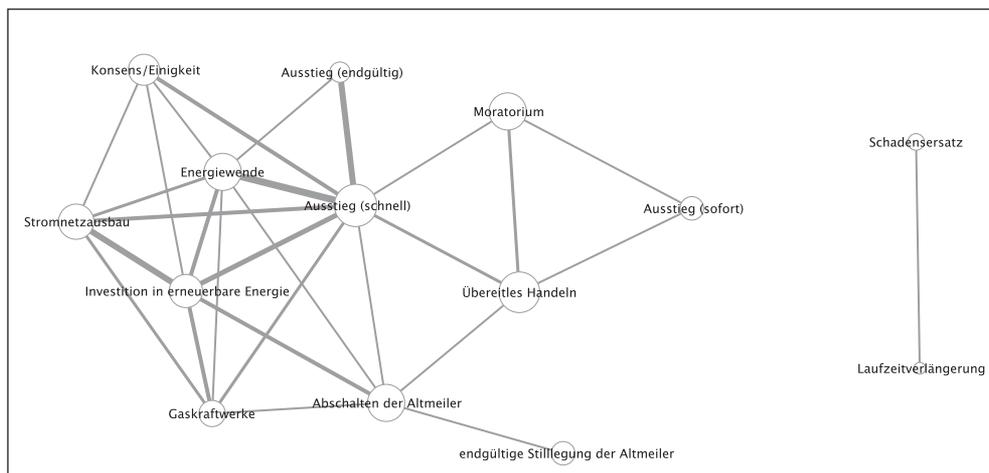


Abbildung 9: Claims Netzwerk Zeitraum 4: 23.3-8.4.2011 (6,2-core)

werks zeigt ein zusammenhängendes Cluster, in dem es um den Ausstieg und die Energiewende geht. Daneben gibt es ein unverbundenes Cluster, das aus den Forderungen der Energiekonzerne nach Schadensersatz und Beibehaltung der Laufzeitverlängerung besteht. Die diskursive Schwäche der letztgenannten Position besteht nicht nur darin, dass es wenige Akteure sind, die diese Forderungen teilen, sondern auch darin, dass den Akteuren kein Anschluss an den Hauptdiskurs gelingt.

Die Diskursnetzwerke liefern ein detailliertes Abbild der intensiven politischen Debatte zwischen dem Atomunglück in Fukushima und dem im Parlament mit breiter Mehrheit verabschiedeten Ausstiegsbeschluss. Zusammenfassend lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

- Mit der Forderung nach einem Moratorium reagiert die Bundeskanzlerin Angela Merkel sehr schnell auf das Ereignis in Japan und wird hierbei von Anfang an von einzelnen Akteuren aus dem Lager der Koalitionsparteien unterstützt. In der entscheidenden frühen Phase hat Merkel einen hohen Zentralitätsgrad im Diskursnetzwerk, bestimmt also die Hauptrichtung des Diskurses. Andere Akteure mit hohen Zentralitätswerten sehen das Moratorium zwar teilweise eher kritisch, setzen sich aber nicht für die Beibehaltung der Laufzeitverlängerung ein, sondern formulieren im Gegenteil weitergehende Ausstiegs-Claims. Diese weitergehenden Claims nach einem schnellen Atomausstieg und dem Abschalten der Altmeiler gewinnen im Verlauf der Debatte zunehmend an Zentralität und bestimmen damit das Ergebnis des Diskurses.
- Nach einer kurzen anfänglichen Phase der Unsicherheit formulieren wichtige Regierungsakteure schon zwei Wochen nach dem Reaktorunglück ein ausdifferenziertes Set an Forderungen zum Atomausstieg und zur Energiewende. Die Tatsache, dass die verschiedenen Forderungen von einer großen Zahl von Akteuren geteilt werden, kann als Beleg für ihre diskursive Kohärenz gelten. Zugleich bieten die verschiedenen Forderungen eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für Landes- und Bundespolitiker wie auch für zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Interessengruppen.

- Die Opposition gegen die Ausstiegsforderungen bleibt über den ganzen Zeitraum hinweg marginal. Außer den vier AKW-Betreiber-Firmen RWE, E.on, Vattenfall und EnBW setzen sich nur vereinzelt andere Akteure explizit für ein langfristiges Festhalten an der Kernenergie ein. Die Verklausulierung der Pro-AKW-Position als Warnung vor übereilten Handlungen ist Ausdruck der diskursiven Schwäche der AKW-Befürworter. Die Wirtschaftsverbände, die Vertreter der Laufzeitverlängerung in den Regierungsparteien und die Energieunternehmen erreichen weder eine mit den AusstiegsbefürworterInnen vergleichbare Zentralität im Diskursnetzwerk noch gelingt ihnen eine diskursive Verknüpfung verschiedener Forderungen.
- Bemerkenswert ist der frühe diskursiven Einstieg einer ›revisionistischen‹ Politik innerhalb von CDU und CSU und die wachsende Zustimmung innerhalb dieser Parteien zum Ausstiegskurs auch auf Landesebene. Unmittelbar nach dem Erdbeben in Japan und der sich immer deutlicher abzeichnenden Atomkatastrophe versucht die Regierung zuerst mit Forderungen nach Sicherheitsüberprüfungen an ihrer AKW-Politik festzuhalten, während von den Oppositionsparteien, aber auch vom CSU-Umweltpolitiker Josef Göppel sofort die Forderung nach Rücknahme der Laufzeitverlängerung kommt. In dieser Situation erhält die Kanzlerin mit dem Moratorium und der vorläufigen Abschaltung der Altmeiler aus der CDU und CSU schnell große Unterstützung, was zu einer Radikalisierung der Forderungen auch in der Regierung beiträgt, die wiederum von den CDU/CSU-Politikern gestützt wird. Die stabilste Unterstützung des Regierungskurses kommt dabei von der CSU aus Bayern. Immer wieder gehen einzelne CSU-PolitikerInnen auch über die Regierungslinie hinaus und fordern ein schnelleres Ende der Atomkraft.

4. Fazit

Aus einer diskursanalytischen Perspektive ist der schnelle und radikale Politikwandel in der deutschen Atompolitik nach Fukushima weniger verwunderlich als aus Sicht etablierter politikwissenschaftlicher Erklärungsmodelle. Zwar kann auch die Diskursnetzwerkanalyse nicht erklären, warum Angela Merkel sich so schnell entschieden hat, mit der Forderung nach einem Moratorium deutlich von ihrer bis dahin verfolgten Pro-Atomkraft-Position abzuweichen. Die Diskursnetzwerkanalyse kann aber durchaus erklären, wie es dazu kam, dass sich die Forderung nach einem schnelleren Ausstieg und dem Abschalten der Altmeiler in kurzer Zeit durchgesetzt hat. Die Ausstiegsforderung konnte sich diskursiv festsetzen, weil die sie tragenden Akteure

1. zentrale Positionen im Diskursnetzwerk besetzen konnten,
2. weil es ihnen gelungen ist, schnell ein kohärentes Forderungsbündel zu etablieren, das Anknüpfungspunkte für viele andere politische Akteure mit unterschiedlichen Positionen und Interessen bot, und
3. weil es den Befürwortern der Laufzeitverlängerung weder gelang, zentrale Positionen im Diskursnetzwerk zu besetzen noch ein anschlussfähiges Forderungsbündel zu entwickeln.

Verstärkt wurde die Ausstiegssdynamik dadurch, dass die Oppositionsparteien zwar immer wieder die Regierungsforderungen als unzureichend ablehnten, aber mit ihren eigenen Forderungen nicht im eigentlichen Sinne einen Gegen-Pol zu den Positionen zentraler Regierungsakteure aufbauten, sondern deren Forderungen in der Regel nur radikalisierten. Damit verhinderten sie eine Polarisierung der Debatte und trugen dazu bei, die ursprünglich in ihren Konsequenzen eher unbestimmten Forderungen nach Sicherheitsüberprüfung und Moratorium in Richtung Atomausstieg zu lenken.

Die in diesem Artikel durchgeführte Diskursnetzwerkanalyse ist begrenzt, da wir den Gesamtdiskurs in acht Phasen unterteilt und die diskursiven Ereignisse innerhalb einer Phase jeweils zu einem Meta-Ereignis aggregiert haben. Genau genommen ermöglicht diese teilweise Aggregation des Diskurses nur eine komparativ-statische Rekonstruktion der Diskursdynamik. Auf der Basis der erhobenen Daten wäre es aber auch möglich, das Gesamtnetzwerk tageweise zu unterteilen und damit eine feinere Auflösung der Diskursdynamik zu erzielen. Damit ließe sich die Analyse erweitern, indem diskursive Wendepunkte als Verschiebungen der Netzwerkstruktur analytisch aus dem Diskursverlauf bestimmt werden könnten. Eine solche Strategie ginge allerdings auf Kosten einer synthetisierenden und für die LeserInnen nachvollziehbare Beschreibung des Diskursverlaufes. Unabhängig vom gewählten Aggregationsgrad der Untersuchung bietet die Diskursnetzwerkanalyse einen erweiterten Zugang zur Entwicklung von Akteurskonstellationen und Diskurselementen (hier Forderungen) in Diskursen. Dieser Ansatz sollte daher weiter erprobt, entfaltet und überprüft werden.

Literatur:

- Bauchmüller, M. (2010): Ökostrom aus der Region ist angesagt. In: *Süddeutsche Zeitung*, 2.9.2010.
- Bauchmüller, M. (2011): Erst mal abschalten. Die Bundesregierung will Tatkraft beweisen und legt die sieben ältesten Atomkraftwerke vorübergehend still – über deren Zukunft sagt sie noch nichts. In: *Süddeutsche Zeitung*, 16.3.2011.
- BDEW, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (2011): *Energiemarkt Deutschland. Zahlen und Fakten zur Gas-, Strom- und Fernwärmeversorgung*. [www.bdew.de/internet.nsf/id/18C1FE2A7F87C48FC12579FA00567A10/\\$file/Energiemarkt%20Deutschland%202011.pdf](http://www.bdew.de/internet.nsf/id/18C1FE2A7F87C48FC12579FA00567A10/$file/Energiemarkt%20Deutschland%202011.pdf) (Abruf 1.6.2012).
- BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (2012): *Kernenergie*. www.bdi.eu/Kernenergie.htm (Abruf 1.6.2012).
- Bèland, D./Cox, R. (Hrsg.) (2011): *Ideas and Politics in Social Science Research*. Oxford: Oxford University Press.
- Brandes, U./Wagner, D. (2004): *Analysis and Visualization of Social Networks*. In: Jünger, M./Mutzel, P. (Hrsg.): *Graph Drawing Software, Mathematics and Visualization*. Berlin and Heidelberg: Springer, S. 321–340.
- Brössler, D. (2011): Deutschland streitet wieder über Kernenergie. In: *Süddeutsche Zeitung*, 14.3.2011.
- Bündnis 90/Die GRÜNEN (2010): *Das neue Programm für Baden-Württemberg*. www.gruenebw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/Wahlen2011/Landtagswahlprogramm-web.pdf (Abruf 13.7.2013).
- Butts, C. T. (2009): *Revisiting the Foundations of Network Analysis*. In: *Science* 325, S. 414–416.
- CDU/CSU/FDP (2009): *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP*. 17. Legislaturperiode. 26.10.2009. www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf (Abruf 1.6.2012).

- Davies, L. (2011): Beyond Fukushima: Disasters, Nuclear Energy, and Energy Law. In: *Bringham Young University Law Review*, S. 1937–1989.
- Deutsches Atomforum (2012): Fukushima-Jahrestag: die Reaktorunfälle in Japan wären vermeidbar gewesen. Atomausstieg in Deutschland ändert nichts am international hohen Sicherheitsniveau der Anlagen. Pressemitteilung vom 2.3.2012, www.kernenergie.de/kernenergie-wAssets/docs/presse/PM-2012-03-02_Jahrestag_Fukushima.pdf (Abruf 1.6.2012).
- Feindt, P. H./Saretzki, T. (Hrsg.) (2010): *Umwelt- und Technikkonflikte*. Wiesbaden: VS.
- Gofas, A./Hay, C. (Hrsg.) (2010): *The Role of Ideas in Political Analysis. A Portrait of Contemporary Debates*. London and New York: Routledge.
- Jahn, D./Karolczuk, S. (2011): German exceptionalism: the end of nuclear energy in Germany! In: *Environmental Politics* 21(1), S. 159–164.
- Janning, F./Leifeld, P./Malang, T./Schneider, V. (2009): Diskursnetzwerkanalyse. Überlegungen zur Theoriebildung und Methodik. In: Schneider, V./Janning, F./Leifeld, P./Malang, T. (Hrsg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS, S. 59–92.
- Kleinberg, J. M. (1999): Authoritative Sources in a Hyperlinked Environment. In: *Journal of the Association for Computing Machinery* 46(5), S. 604–632.
- Koopmans, R. (2002): Codebook for the Analysis of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres, europub.wz-berlin.de/Data/Codebooks%20questionnaires/D2-1-claims-codebook.pdf (Abruf 19.1.2009).
- Koopmans, R./Statham, P. (1999): Political Claims Analysis: Integrating Protest Event And Political Discourse Approaches. In: *Mobilization* 4(2), S. 203–221.
- Leifeld, P. (2009): Die Untersuchung von Diskursnetzwerken mit dem Discourse Network Analyzer (DNA). In: Schneider, V./Janning, F./Leifeld, P./Malang, T. (Hrsg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS, S. 391–404.
- Leifeld, P./Haunss, S. (2012): Political Discourse Networks and the Conflict over Software Patents in Europe. In: *European Journal of Political Research* 51(3), S. 382–409.
- Lijphart, A. (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven and London: Yale University Press.
- Male, E. (2010): Mappus: Milder im Ton, hart in der Sache. In: *Die Presse*, 7.10.2010.
- Nullmeier, F. (2012): Interpretative Policy-Forschung und das Erklärungsproblem. Oder: Wie kann man diskursiven Wandel erklären? In: Egner, B./Haus, M./Terizakis, G. (Hrsg.): *Regieren*. Wiesbaden: VS, S. 37–56.
- Nullmeier, F./Dietz, M. (2012): Überzeugungswandel. Zur Erklärung von Politikwechseln am Beispiel der Atompolitik 2010 und 2011. In: Kersten, J./Schuppert, G. F. (Hrsg.): *Politikwechsel als Governanceproblem*. Baden-Baden: Nomos, S. 88–113.
- Pampel, F. (2011): Support for Nuclear Energy in the Context of Climate Change: Evidence from the European Union. In: *Organization & Environment* 24(3), S. 249–268.
- Sabatier, P. A./Weible, C. M. (2007): The Advocacy Coalition Framework: Innovations and Clarifications. In: Sabatier, P. A. (Hrsg.): *Theories of the Policy Process*. Boulder, Colorado: Westview Press, S. 189–220.
- Schmidt, M. G. (2007): *Das politische System Deutschlands: Institutionen, Willensbildung und Politikfelder*. München: Beck.
- Snow, D. A. (2004): Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In: Snow, D. A./Soule, S. A./Kriesi, H. (Hrsg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Oxford: Blackwell, S. 380–412.
- Stuttgarter Nachrichten (2011): Rot-Grün zieht an schwarz-gelber Regierung vorbei. 12.3.2011.
- Süddeutsche Zeitung (2011): Stresstest am Reaktor Garching, 16.4.2011.
- Tsebelis, G. (2002): *Veto Players: How Political Institutions Work*. New York: Russell Sage Foundation.
- Vitzthum, Thomas (2011): Schöner aussteigen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 24.3.2011.
- Wittneben, B. (2011): The impact of the Fukushima nuclear accident on European energy policy. In: *Environmental Science & Policy* 15, S. 1–3.

World Energy Council (2011): Nuclear Energy One Year after Fukushima, www.world-energy.org/documents/world_energy_perspective__nuclear_energy_one_year_after_fukushima_world_energy_council_march_2012_1.pdf (Abruf 1.6.2012).

Anschriften:

PD Dr. Sebastian Haunss
SfB 597 - Transformations of the State
Universität Bremen
Linzer Str. 9a
28359 Bremen
sebastian.haunss@sfb597.uni-bremen.de

Matthias Dietz, M. A.
Universität Bremen
Zentrum für Sozialpolitik
Abteilung »Theorie und Verfassung
des Wohlfahrtsstaates«
Unicom-Gebäude
Mary-Somerville-Straße 5
28359 Bremen
mdietz@zes.uni-bremen.de

Prof. Dr. Frank Nullmeier
Universität Bremen
Zentrum für Sozialpolitik
Abteilung »Theorie und Verfassung
des Wohlfahrtsstaates«
Unicom-Gebäude
Mary-Somerville-Straße 5
28359 Bremen
frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de